

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 22

Artikel: Konsequenz auf zwei Ebenen : nach dem China-Beschluss der Vereinten Nationen
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095469>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach dem China-Beschluss
der Vereinten Nationen

Konsequenz auf zwei Ebenen

Christian Brügger zu grundsätzlichen und politischen Aspekten
der neuen Sachlage

1. Die grundsätzliche Konsequenz

Ganz konkret auf die China-Vertretung bezogen, hat bei der UNO-Abstimmung zunächst nicht etwa eine neue Auffassung über die alte triumphiert, was fortschrittlich gewesen wäre, sondern nur eine neue Version der alten Auffassung.

Es siegte die alte Fiktion, die mit jedem laufenden Tag weiter veraltet. Die Fiktion nämlich, dass es auf dem Festland und auf Formosa zusammen nur ein China gebe und dass das Regime des einen Teils einen Alleinvertretungsanspruch für beide Teile habe. Der einzige Unterschied liegt darin, dass das Alleinvertretungsrecht (hat das nicht früher einmal per se als reaktionäre Sache gegolten?) von Taipeh auf Peking überging. Natürlich ist der Unterschied realpolitisch von äusserster Wichtigkeit, und natürlich wird die neue Rollenverteilung zwischen einem Staat und einem «Nichtstaat» den bestehenden Proportionen der Macht ungleich gerechter als die alte. Nichts geändert aber hat sich am Prinzip: Die einzige tatsächungsgerechte Realität, dass es nämlich zwei Staaten namens China so gut gibt wie zwei Staaten namens Deutschland, wird weiterhin gelehnet.

Was man die «Zwei-China-Theorie» nennt, trägt diesen Namen eigentlich zu Unrecht. Denn seit zwanzig Jahren haben wir eine Zwei-China-Praxis. Sie besteht einerseits aus der Volksrepublik China auf dem Festland und andererseits aus der Republik China auf Formosa. Nicht dieser Tatbestand ist Theorie, sondern vielmehr seine Leugnung. Auch wenn sowohl Peking als auch Taipeh diese Theorie zu ihrer offiziellen Staatsdoktrin gemacht haben. Aber in der UNO sollten ja Nationen und nicht Staatsdoktrinen vertreten sein.

In China und auf Formosa wird die Macht eindeutig vom jeweiligen Regime ausgeübt. In beiden Fällen bestehen die politischen Strukturen,

die einen Staat charakterisieren. Und wenn schon die zeitgemässe Erkenntnis dazu führt, dass die beiden Vietnam, die beiden Korea und die beiden Deutschland als souveräne Mitglieder in die UNO aufgenommen werden sollen, wirkt der Verzicht darauf, die Weiche im Falle der beiden China zu stellen, noch befremdlicher. Denn im Unterschied zu diesen andern Beispielen besteht zwischen dem chinesischen Festland und der Insel Formosa weder eine geografische Einheit noch eine historische Kontinuität der Zusammengehörigkeit. Und auf Taiwan stellen die Chinesen im ethnischen Sinne eine Minderheit von relativ kurzer Ansässigkeit dar. (Nicht, dass für die staatliche Zugehörigkeit Rassenmerkmale bestimmend sein sollten; aber man kann einfach zusätzlich feststellen, dass für die Mehrzahl der Inselbewohner nicht einmal diese Gemeinsamkeit besteht.) Die Zwei-Staaten-Realität ist also im Falle Chinas noch ausgeprägter als in den Fällen von Vietnam, Korea und Deutschland.

(Von den «souveränen Mitgliedstaaten» Weissrussland und Ukraine wäre in einem andern Zusammenhang noch zu reden!)

Man hatte sich in den letzten Jahren angewöhnt, als Kriterium für den Fortschritt der zwischenstaatlichen und internationalen Beziehungen einerseits die Anerkennung der bestehenden staatlichen Realitäten und andererseits die Universalität der Beziehungen zu verstehen.

Unter ausgiebigem Bezug auf dieses Prinzip, dessen Vernachlässigung als unzeitgemäss und rückschrittlich galt, sind wichtigste politische Umstellungen vorgenommen worden. So die westdeutsche Ostpolitik. So die internationale Anerkennungswelle für Nordvietnam und Nordkorea. Zu der übrigens eine Anmerkung nötig ist, die auch zeigt, dass die Schlagseitigkeit der UNO-Abstimmung nicht von ungefähr kommt: Die Anerkennung Nordvietnams und Nordkoreas durch westliche Staaten hat keinerlei Entsprechung in einer Anerkennung Südvietnams und Südkoreas durch kommunistische Staaten. Das

Der China-Entscheid der UNO-Vollversammlung hat zwei wichtige Konsequenzen auf ganz verschiedenen Ebenen.

Die politische Konsequenz betrifft die Aufnahme Chinas. Sie bedeutet Anerkennung und Förderung einer neuen Kräfteverteilung im Weltmassstab. Und insbesondere die Ausgestaltung des Grossmächtedreiecks UdSSR—China—USA. Dies in Ablösung der alten amerikanisch-sowjetischen Bipolarität, die im Sinne eines Gleichgewichtes ohnehin nicht mehr spielte, weil der amerikanische «Partner» als Gegengewicht zur expansiven Sowjetmacht immer weniger mithalten konnte. Die Aufwertung Chinas ist schon deshalb als Unerlässlichkeit anzusehen, weil China zum einzigen Träger der aktiven Selbstbehauptung gegenüber den sowjetischen Hegemonialansprüchen geworden ist, seitdem weder der Westen insgesamt noch seine im Stich gelassene amerikanische «Vormacht» diese Rolle spielen können oder auch nur wollen.

Die grundsätzliche Konsequenz betrifft den Ausschluss Taiwans. Er hat sichtbar gemacht, dass alle Prinzipien von Universalität oder Anerkennung der staatlichen Realitäten nichts gelten. Dass sie ausschliesslich dann angerufen werden, wenn es einem kommunistisch beherrschten Land zum Vorteil gereicht. Dass nur ihre einseitige und nicht ihre allseitige Anwendung in Frage kommt. Dass alle Regeln der internationalen Beziehungen, die angeblich dem Fortschritt, dem Frieden und der Entspannung dienen, mühelos sofort ausser Kraft gesetzt werden, wenn der Wille zu Fortschritt, Frieden und Entspannung einmal von der andern Seite konkret unter Beweis gestellt werden müsste. Dass die westlichen Staaten diese Sachlage grossteils hinnehmen, ja mitschaffen. Der Ausschluss Taiwans ist ein Schulbeispiel der doppelten Moral hinter unseren internationalen Prinzipien.

kommt überhaupt nicht in Frage. Sowenig offensichtlich, dass es keinem westlichen Politiker in den Sinn käme, diesen überaus wichtigen Beitrag zu Frieden und Entspannung auch nur zu erwähnen, geschweige denn zu fordern. (Und natürlich bestünde auch keine Aussicht, für ein solches Interesse an Frieden und Entspannung dekoriert zu werden.)

Man hat das jüngste UNO-Abstimmungsergebnis in einem sehr weit verbreiteten Konsensus als fortschrittlich interpretiert, obwohl es auf flagrante Weise dem ebenfalls als fortschrittlich taxierten Prinzip der Anerkennung von staatlichen Realitäten und der Universalität von staatlichen Vertretungen widerspricht. Das ist ein logisches Paradox, gewiss, aber eines, das in die heutige Landschaft passt. Als Ausdruck der doppelten Moral.

Das Universalitätsprinzip hat also entgegen dem vermeintlichen Gebot der Zeit in der UNO keinen Durchbruch erzielt, obwohl hier die Gelegenheit war, die Weichen zu stellen. Und schlimmer: Es hat sogar eine stärkere Abfuhr erlitten als jemals zuvor. Bisher hatte seine Missachtung lediglich dazu geführt, dass gewisse Staaten nicht in die Vereinten Nationen aufgenommen wurden. Nunmehr ist sie bis zum Abschluss eines UNO-Mitgliedes gediehen. Der Präzedenzfall liegt vor; das Spiel kann weitergehen.

Man kann natürlich einem neuen Mieter dadurch Platz machen, dass man einem alten Mieter (zum Beispiel seinem geschiedenen Ehepartner) den Schuh gibt. Aber wenn man das tut, soll man es gefälligst nicht mit dem Grundsatz «Recht auf Wohnung für alle» motivieren. Wie es die UNO-Hausverwaltung tut.

(Und ganz allgemein: Man soll uns künftig mit Berufungen auf Universalität der Beziehungen und Anerkennung der Realitäten verschonen, wenn man uns politische Umstellungen abverlangt. Es sei denn, dass man die Allseitigkeit solcher Prinzipien ausdrücklich betont und konkret dafür einsteht.)

2. Die politische Konsequenz

Gerade, weil sie so symptomatisch ist, hat man sich die Verlogenheit der UNO-Hausordnung bewusst zu machen. Hier geht es um grundsätzliche Konsequenz. Damit gar nichts zu tun aber hat es, dass der alte Mieter (Taiwan) im Interesse der Wohngemeinschaft tatsächlich entbehrlicher geworden war als der neue Mieter (China).

Chinas UNO-Mitgliedschaft und sein ständiger Sitz (mit Vetorecht) im Sicherheitsrat bedeutet das Aufkommen eines sehr unbequemen Elementes in den hohen und höchsten Gremien der Weltorganisation. Und weil sich dort die Sowjetunion samt ihrem Gefolge am bequemsten eingerichtet hat, ist die neue Sachlage für sie potentiell am unbequemsten, obwohl sie ganz allgemein komplizierter geworden ist.

Der UNO-Entscheid bestätigt und formalisiert die Aufwertung Chinas im internationalen Kräftefeld, eine Tendenz, die ohnehin unverkennbar geworden war, schon gar seit den chinesisch-amerikanischen Normalisierungsversuchen.

Die Aufwertung Chinas zum vollen Partner im Grossmächtedreieck UdSSR—USA—China insbesondere muss an dem gemessen werden, was die alte Domination durch die zwei Supermächte zuwege gebracht hat.

Wie steht es denn heute mit dem globalen Gleichgewicht, von dem so viele befürchten, dass es von China gestört werden könnte?

Zurzeit ist es um dessen traditionelle Hauptträger so bestellt: Die Sowjetunion ist dominierende Weltmacht geworden und als solche in

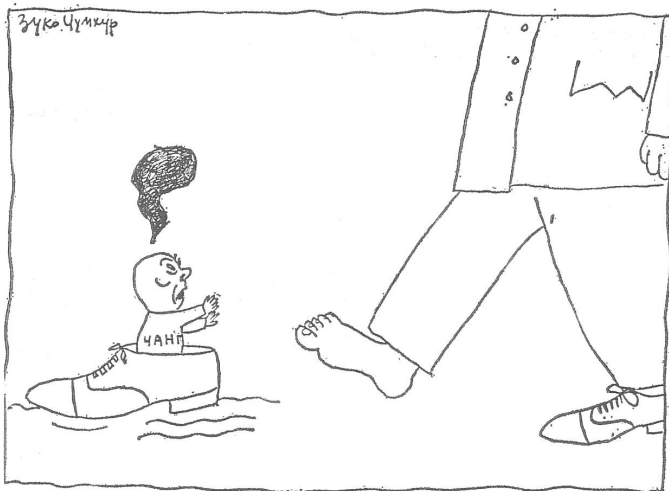
voller Expansion begriffen. Sie hat nicht nur den alten Ostblock wiedergeschaffen, sondern dominiert auch den Nahen Osten, den Indischen Ozean und ansatzweise (sehr viel mehr noch aber potentiell) Lateinamerika. Ueberdies ist sie im Begriff, sich ihre Vorzugsstellung als europäische Hegemonialmacht auch vom westlichen Teil dieses Kontinents bescheinigen zu lassen. Der Westen dagegen hat seinen früheren Charakter als Gegengewicht zur sowjetischen Macht verloren. Der amerikanische Restbestand davon hat kein Vorfeld mehr, seitdem die USA als Weltmacht abgewertet sind und sich die übrigen Länder dieser Sphäre zwischen den ehemals gleichwertigen Polen in abgestufter Weise neutralistisch verhalten. Das einzige aktive Gegengewicht zur UdSSR ist dafür China geworden. In dieser Eigenschaft ist es heute ein Faktor, der zur Herstellung einer neuen Gleichgewichtslage ganz einfach unerlässlich ist. Denn was sonst vom ehemaligen globalen Gleichgewicht übrigbliebe, wäre bloss noch ein Machtgefälle zwischen der Sowjetunion und der übrigen Welt.

Nebenbei hat sich die sowjetische Domination logischerweise auch der Organisation der Vereinten Nationen mitgeteilt. Wenn sich etwa das UNO-Sekretariat mit der Sache des Weltfriedensrates identifiziert, der nicht einmal mehr bloss kommunistisch, sondern ganz eindeutig sowjetisch beherrscht ist (siehe ZB, Nr. 11, mit unserer Anmerkung: «Höchste Zeit, dass China in die UNO kommt.»), wenn sich ferner etwa die UNESCO als UNO-Institution gefallen lässt, dass ihre offiziellen Publikationen in ihrer russischen Version von den Sowjetbehörden zensuriert werden (das ist beim mehrsprachigen

UNESCO-Monatsorgan «Courier» der Fall), so zeigt das alles an, wie getreulich sich die weltpolitische Schlagseite von heute auch in der höchsten überstaatlichen Instanz spiegelt. Die USA dagegen haben in diesem Rahmen vornehmlich die Doppelrolle des Geldlieferanten und Prügelknaben gespielt. Man hat sich angewöhnt, das als garantiert zu betrachten. Immerhin mahnen bereits einzelne amerikanische Reaktionen auf das Verhalten der übrigen UNO-Mitglieder und insbesondere der Verbündeten, dass sich dieses Verhalten vielleicht nicht mehr auf ewig einkalkulieren lässt.

Wären die USA als Grossmacht zynischer gewesen, so hätten sie sich in der China-Entscheidung vor der UNO sehr viel gleichgültiger verhalten können. Realpolitisch waren sie schliesslich an einer Aufwertung Chinas interessiert, zu der die amerikanische Diplomatie übrigens mit der Annäherung an Peking einen entscheidenden Impuls mitgeliefert hatte. Das Aufkommen Chinas im Grossmächtedreieck bedeutet zwar keine Stärkung, wohl aber eine Entlastung der USA. Samt einer erweiterten Manövrierfähigkeit gegenüber der UdSSR und im internationalen Leben überhaupt. Angesichts dieser realpolitischen Interessenslage hätte Washington zum Beispiel ganz einfach ruhig zusehen können, wie China auf Kosten Taiwans in die UNO aufgenommen worden wäre. Nach der Abstimmung hätte man dann den nationalchinesischen Verbündeten mit einem bedauernden Achselzucken gesagt: «Schade, aber was konnten wir tun?» Und den Gesprächspartnern in Peking hätte man mit einem Augenzwinkern bedeutet:

(Fortsetzung auf Seite 4)

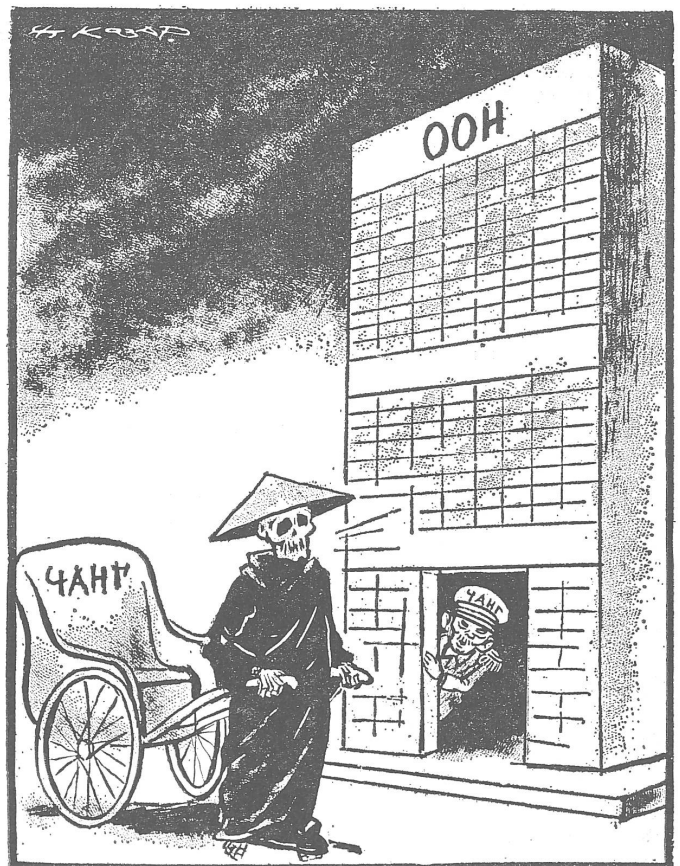


Der Hinauswurf von Taiwan

Oben eine Karikatur von «Politika», Belgrad: Platz am East River.

Tschang Kai-schek schwimmt im chinesischen Schuh davon, den er von Mao zum Abschied kriegt. Die Zeichnung gibt zugleich den Proportionen Ausdruck: Der Schuh ist für Nationalchina ohnehin viel zu gross, und nur der VR China passt er, um damit im Namen des gesamten China aufzutreten.

Rechts eine Karikatur von «Nova Makedonija», Skopje: Besuch am UNO-Sitz. Der Totengräber holt Tschang ab. Was hier nicht zum Ausdruck kommt: Der Totengräber kam auch für das Universalitätsprinzip der Vereinten Nationen.



Neue Anmerkungen zu alten Wörterbüchern

Sowjetrussische Bedeutungslehre

Nicht bloss für das Raritätenkabinett

Wussten Sie schon, dass ein Wörterbuch zugleich auch ein Katechismus sein kann? Es kann, es kann. Dieser kleine Beitrag zur sowjetrussischen Semantik (Bedeutungslehre) enthält diesbezüglich einige Trouvaillen. Aber sie sind bei genauer Betrachtung nicht gar so niedlich, wie man zuerst meint.

Als dermaleinst ein chinesischer Kaiser anlässlich seiner Thronbesteigung gefragt wurde, was er zu unternehmen gedenke, um das Wohl seines Reiches zu sichern und zu fördern, erwiderte er: «Vor allem will ich die wahrheitsgemässe Bedeutung der Worte wiederherstellen.»

Die sowjetrussische Semantik scheint bestrebt zu sein, dieser Einsicht mit unermüdlichem Einsatz des «dialektischen» Deutungsvermögens nachzueifern.

Zur Illustration des Wahrheitsgehaltes

Yaacov Caroz von der «Jerusalem Post» verdanke ich den Hinweis auf ein russisch-englisches Wörterbuch, das im Jahre 1942 vom Staatsverlag in Moskau herausgegeben wurde. Darin folgt in vielen Fällen einem russischen Wort nicht nur die entsprechende englische Uebersetzung, sondern auch — zur Illustration seines immanenten Wahrheits- und Wirklichkeitsgehalts — eine recht apodiktische semantische Deutung.

Einige Beispiele:

Das russische Wort «pjadj» (Fussbreit, Spanne, Zoll) findet seine tiefeschürfende Erklärung in dem angefügten Stalin-Zitat: «Wir besetzen keinen Fussbreit fremden Territoriums, aber wir werden auch keinen einzigen Zoll unseres Territoriums, wem es auch sei, ausliefern.»

Dies wurde — wie erwähnt — im Jahre 1942 veröffentlicht, also nach dem Einfall Hitlers in die im Molotow-Ribbentrop-Vertrag an die

UdSSR verschobene östliche Hälfte Polens und drei Jahre vor der erneuten Annexion dieses Gebietes, der baltischen Staaten, Bukowinas, Karpatorusslands, und vor der Einverleibung Bessarabiens, Königsbergs und der finnischen Grenzbezirke.

Das Wort «njesawissimo» (unabhängig) wird folgendermassen expliziert: «Die Rechtsgleichheit der Bürger der UdSSR, unabhängig von ihrer Nationalität oder Rasse, ist ein unangreifbares («indivisible») Gesetz!»

Diese Definition dürfte einer Anzahl der sowjetrussischen Minoritäten — den Juden vorab — ziemlich problematisch vorkommen.

Der Begriff «njepreloschny» (unabhängig) wird durch folgende Feststellung näher erklärt: «Die Rechtsgleichheit der Bürger der UdSSR ist ein unabdingbares Gesetz.»

Die Rechtsgleichheit zwischen den Spitzenfunktionären, Parteisekretären und sonstigen Apparatschiks einerseits und der stummen Mehrheit der in einen entmenslichten Arbeitsprozess eingespannten Massen andererseits, zwischen den regimefrommen «Kulturarbeitern» und den gegen das geistige Joch rebellierenden Intellektuellen — sie ist zweifellos eine besonders aufschlussreiche Manifestation der russischen Wirklichkeit.

Dem Wort «poschtschada» (Schonung, Gnade, Pardon) haftet eine eminente Bedeutung an: «Keine Gnade den Feinden des Volkes.»

Diese Definition entspricht vollinhaltlich der Realität.

Die Konsequenzen

(Fortsetzung von Seite 3)

«Na denn, wir haben uns natürlich an die Formalitäten halten müssen, aber Hauptsache, dass alles gut gegangen ist.»

Statt dessen haben sich die Amerikaner ganz entgegen ihrem realpolitischen Interesse in echter Weise für die Zwei-China-Realität und das Universalitätsprinzip der UNO engagiert, sich freiwillig in das echte Dilemma eingelassen, entweder eine offenkundige Niederlage samt zugehörigem Gesichtverlust in Kauf zu nehmen, oder dann einen machtpolitischen Pyrrhus-sieg zu erringen, weil bei einem andern Ausgang der Abstimmung die weitere China-Politik natürlich erst recht erschwert worden wäre. Schon so haben die Chinesen die Genugtuung, ihren Sieg gegen einen authentischen amerikanischen Widerstand errungen zu haben, was ihre Verhandlungsposition gegenüber den USA stärkt: «Ihr habt ja gesehen, dass wir auf euch nicht so angewiesen sind.»

Die USA haben sich also ihre Prinzipientreue etwas kosten lassen, als sie mit dem ganzen Gewicht ihres Auftretens (das freilich eben nicht

mehr so viel bedeutet wie früher) für die Zwei-China-Realität plädiert haben. Und just diesen Mangel an machtpolitischem Zynismus haben ihnen die westlichen Kommentare so nett vergolten, die von rücksichtslosen Manipulationsversuchen der USA für ihren Antrag sprachen und was dergleichen Vorwürfe noch mehr waren. Dabei hätte sich Washington diese Bemühungen gerade dann ersparen können, wenn es ihm wirklich nur um machtpolitisch motivierte Manipulation gegangen wäre.

Freilich werden andererseits die Sowjets die politischen Konsequenzen des Abstimmungsergebnisses zu spüren bekommen, zu dem sie selbst beitragen mussten. Wenn die Amerikaner aus Glaubhaftigkeitsgründen gegen eine politische Gewichtsverteilung zu stimmen hatten, die sie entlastet, so hatten die Sowjets für eine neue Konstellation zu stimmen, die sie belastet. So gab es im Verhaltenszwang der beiden traditionellen Grossmächte eine seltsame Symmetrie im Widerspruch zwischen dem offiziellen und dem realpolitischen Interesse. Aber die Amerikaner wollten darüber hinaus noch die UNO-Prinzipien retten, was ihnen nicht gelungen ist. ■

Schützen Sie Kinder im Wachstum

vor schädlichen, denaturierten Nahrungsmitteln. Geben Sie ihnen den herrlich-gesunden Roth-Käse mit der ganzen Naturkraft von frischer, silofreier Milch.



Und über den Begriff «podlinny» (wahr, wahrhaft, echt) wird man durch die schlichte Feststellung belehrt: «Die wahre Demokratie wird in der UdSSR verwirklicht ...»

Dreimal raten von wem

Alle diese semantischen Blüten könnten eventuell mit einem mitleidsvollen Achselzucken abgetan werden: sie seien halt nur ad hoc gebrauchte dialektisch-propagandistische Begriffsverzerrungen. Ihre Bestimmung sei, den arglosen Benutzer des Wörterbuchs unauffällig zu indoktrinieren. Gewichtiger aber und viel ernster zu nehmen sind gewisse Auslassungen, die uns in der autoritativen «Philosophischen Enzyklopädie» (herausgegeben vom Philosophischen Institut der Sowjetrussischen Akademie der Wissenschaften, fünf Bände, redigiert von führenden russischen geistigen Kapazitäten) aufgetischt werden.

Was erfahren wir dort über den Begriff «Freiheit»?

«Der Weg der Freiheit führt durch die Diktatur des Proletariats. Der Kommunismus ist iden-

Armin Och: Heisse Themen

Die Flucht und der lange Weg zurück

Roman, 324 Seiten, Fr. 18.80

Ein Schweizer Soldat läuft im Jahre 1941 zu den Deutschen über und wird von der Schweiz verurteilt.

Mit Blut und Tränen

Roman, 416 Seiten, Fr. 18.80

Ein junger Deutscher geht nach Israel, um dort herauszufinden, wie sehr die frühere Generation diesem Volke Unrecht zugefügt hat.

**SCHWEIZER VERLAGSHAUS AG
ZÜRICH**